

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Ablösung Beschaffungssoftware Submiss: Konzeption, Realisierung und Einführung der neuen Lösung Submiss; Investitions- und Verpflichtungskredit

1. Worum es geht

Die Stadt führt ihre ordentlichen Beschaffungsgeschäfte oberhalb des Schwellenwerts der freihändigen Vergabe mit der Beschaffungssoftware Submiss, einer Eigenentwicklung der Informatikdienste (ID). Die Software wird für das Führen der Submittentenliste (Auswahlliste der einzuladenden Anbieterinnen und Anbieter in einem Einladungsverfahren), das Offertöffnungsprotokoll, die Auswertung der Zuschlagskriterien, die Beschaffungsanträge an die Beschaffungskommission sowie das Erstellen von Verfügungen [rund 6 000 pro Jahr] und Verträgen benötigt. Zudem wird über Submiss die Firmendatenbank mit rund 4 500 Firmen verwaltet. In dieser Datenbank werden sämtliche Nachweise nach Artikel 20 (Bestätigungen über die Erfüllung der Pflichten gegenüber der öffentlichen Hand, den Sozialversicherungen sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern) der Verordnung vom 16. Oktober 2002 über das öffentliche Beschaffungswesen des Kantons Bern (ÖBV; BSG 731.21) erfasst. Die technologische Plattform, auf welcher Submiss entwickelt wurde, ist veraltet und wird vom Hersteller nicht mehr gewartet.

Der Gemeinderat hat im Mai 2016 einen Projektierungskredit von Fr. 130 000.00 für die Ablösung der Beschaffungssoftware Submiss bewilligt. Darauf erfolgte anfangs Juni 2016 eine offene Ausschreibung für den Dienstleistungsauftrag zur Ablösung von Submiss.

Der Dienstleistungsauftrag wurde in einem offenen Verfahren anfangs Juni 2016 nach dem Gesetz vom 11. Juni 2002 über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBG; BSG 731.2), der ÖBV sowie nach der Verordnung vom 4. Dezember 2002 über das öffentliche Beschaffungswesen der Stadt Bern (VBW; SSSB 731.21) ausgeschrieben. Damit die Kosten möglichst tief gehalten werden können, erfolgte die Ausschreibung modular in zwei Varianten (Basisinfrastruktur) mit verschiedenen Optionen für zusätzliche Funktionen (z.B. Abbildung selektive Verfahren und Wettbewerbe etc.).

Für die Ablösung der Beschaffungssoftware wird dem Stadtrat vorliegend ein Investitionskredit über Fr. 995 184.00 beantragt. Zudem entstehen jährlich wiederkehrende Kosten für Wartung und Support zu Lasten des Globalbudgets der Direktionsstabsdienste der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI), für welche über die Dauer von acht Jahren (vier Jahre plus optionale Verlängerung um weitere vier Jahre) ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 298 080.00 beantragt wird.

2. Ausgangslage

Die Fachstelle Beschaffungswesen (FaBe), Teil des Generalsekretariats der FPI, ist für sämtliche Beschaffungsverfahren oberhalb des Schwellenwerts der freihändigen Vergabe der Stadt zuständig. Die ordentlichen Geschäfte (jährlich ca. 600 Verfahren) werden über die Beschaffungssoftware Submiss abgewickelt (Führen Submittentenliste, Offertöffnungsprotokoll, Auswertung der Zuschlagskriterien, Beschaffungsanträge an die Beschaffungskommission, Erstellen von Verfügungen [rund 6 000 pro Jahr] und Verträge). Zudem wird über Submiss die Firmendatenbank mit rund

4 500 Firmen geführt. In dieser Datenbank werden sämtliche Nachweise nach Artikel 20 ÖBV erfasst. Die Nachweise belegen die Erfüllung der Pflichten gegenüber der öffentlichen Hand, den Sozialversicherungen sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Submiss steht allen interessierten städtischen Dienststellen offen. Ferner haben die Abteilungen die Möglichkeit, ihre unterschwelligen Verfahren über Submiss abzuwickeln. Zurzeit wird Submiss nebst der FaBe von ca. 100 Mitarbeitenden der Stadt sowie von Energie Wasser Bern (ewb) und der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern (PVK) benutzt. Des Weiteren wird seit 2016 der Firmenteil zusätzlich durch den Kanton Bern kostenpflichtig mitgenutzt.

Im Jahr 2007 musste der ehemalige IBM-Grossrechner, über welchen die FaBe bis dahin ihre Verfahren abgewickelt hatte, abgelöst werden. Da auf dem Markt keine auf das öffentliche Beschaffungswesen im Kanton Bern zugeschnittene Software existierte, haben die ID im Auftrag der FaBe eine eigene Fachapplikation (Submiss) auf einer damals aktuellen Plattform entwickelt. Diese wurde infolge sich verändernder Anforderungen und Bedürfnisse während den Betriebsjahren laufend erweitert und angepasst.

Im Jahr 2013 wurde bekannt, dass die technologische Plattform, auf welcher Submiss entwickelt worden war, von der Herstellerfirma nur noch bis 2014 gewartet wird, womit der Lebenszyklus der Software abgelaufen ist. Dies bedeutet, dass für die FaBe erhebliche Betriebsrisiken entstehen. Bei einem Ausfall von Submiss könnte die FaBe ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen. Beispielsweise ist es ausserhalb eines automatisierten Prozesses mit den vorhandenen personellen Ressourcen unmöglich, jährlich rund 6 000 individuelle Verfügungen auszustellen. Aus diesem Grund war zuerst beabsichtigt, Submiss in Form eines neuen Release durch die ID auf eine zeitgemässe technologische Plattform zu adaptieren.

3. Warum weiterhin keine Standardlösung?

Die städtische Informatik soll sich gemäss geltender städtischer ICT-Strategie auf Standardprodukte fokussieren. Individualentwicklungen sollen nur in Spezialfällen, wo keine Standardsoftware am Markt erhältlich ist, eingesetzt werden. Genau dies ist bei Submiss der Fall, weshalb der Gemeinderat in diesem Spezialfall weiterhin vom Prinzip des Einsatzes von Standardprodukten abweichen will und - wie in der ICT-Strategie als Ausnahme vorgesehen - aus folgenden Gründen auf eine Eigenentwicklung setzt:

Eine Software, die gleiche oder vergleichbare Möglichkeiten wie das heute im Einsatz stehende Submiss bietet, ist am Markt zurzeit nicht erhältlich. Weder der Bund noch andere Kantone oder grössere Städte verfügen über ein auch nur annähernd vergleichbares Alternativprodukt. Auch decken weder das Modell simap noch die auf dem Markt erhältlichen Planungssoftwareprogramme wie z.B. winbau oder DecisionAdvisor die beschaffungsrechtlichen Anforderungen ab, wie umfangreiche Abklärungen gezeigt haben.

So wurde die Software DecisionAdvisor durch die FaBe im November 2015 eingehend während mehrerer Tage mit externer Unterstützung (inklusive Schulung) getestet. Die Software deckt mehrheitlich die Anforderungen an eine komplexe GATT/WTO-Ausschreibung ab, ist aber für Standardgeschäfte, welche ca. 80 % des Tagesgeschäfts der FaBe ausmachen, viel zu aufwändig. Auch vermag die Prozessunterstützung für die Anforderungen im Kanton Bern nicht zu überzeugen. So ist beispielsweise das Erfassen der gesetzlichen Nachweise nach Artikel 20 ÖBV nicht möglich. Mit anderen Worten erfüllt die Software nicht die spezifischen Anforderungen der FaBe, die anderer, aber nicht vergleichbarer Nutzerinnen und Nutzer respektive deren Bedürfnisse indessen schon. Würde die FaBe mit diesem nicht auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Produkt ihre Geschäfte abwickeln, würde sie erhebliche zusätzliche Ressourcen benötigen und somit wiederkehrende

Kosten generieren, welche die vorliegenden einmaligen Investitionskosten nach wenigen Jahren übersteigen würden.

Da der Kanton Bern als einer der wenigen Kantone in der Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungsrecht die Nachweise über die Bezahlung der Steuern und Sozialabgaben und die Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge mit jeder Offerteingabe verlangt - eine Vorschrift, welche die meisten übrigen Kantone in dieser Form nicht kennen - benötigt die Stadt Bern zwingend eine Software, welche sie bei der Verwaltung der Nachweise unterstützt. Weiter stellen sich durch die bewährte Zentralisierung sämtlicher ordentlichen Beschaffungsverfahren in der Stadt umfassendere Anforderungen an eine prozessunterstützende Applikation als bei einer dezentralen Beschaffungspraxis durch einzelne Ämter.

Die für den ursprünglich geplanten Releasewechsel durch die ID erarbeiteten konzeptionellen Grundlagen zeigten, dass eine Eigenentwicklung durch die ID nicht sinnvoll ist, weshalb die Arbeiten öffentlich ausgeschrieben wurden. Dabei wurde eine Firma gesucht, welche der Stadt eine neue Submissionsoftware-Lösung anbietet oder entwickelt.

Die Ausschreibung erfolgte modular, aufgeteilt in zwingende Basisfunktionen und optionale Zusatzfunktionen, um abzuklären, ob mit dem Verzicht auf Zusatzfunktionen erhebliche Kosten eingespart werden könnten. Nebst zwei Varianten für die betriebsnotwendige Basisinfrastruktur (Standardablauf mit und ohne Zugriff auf den Projektteil durch die projektleitenden Mitarbeitenden der Stadt Bern) wurden diverse optionale Funktionen ausgeschrieben (Externer Zugriff auf Firmenteil, Mandantenfähigkeit Projektteil, Abbildung selektives Verfahren und Verfahren Wettbewerb, Führen Geschäftskontrolle, Erweiterung Nachweisverwaltung, Führen Korrespondenz, externe Zuschlagsbewertung mittels Out- und Input, Erstellen rechtliches Gehör). Wie in der nachfolgenden Ziffer 4. aufgezeigt wird, können mit der schlankeren Variante der Basisinfrastruktur und mit einem Verzicht auf die Zusatzfunktionen in Relation zu den Gesamtkosten keine erheblichen Kosten eingespart werden.

Wie durch die überwiesene Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP, GB/JA!, BDP/CVP, SVP, FDP: Synergien bei Informatik-Entwicklungen mit anderen Schweizer Städten und Gemeinden nutzen verlangt, wurde im Laufe des Prozesses abgeklärt, welche Synergien bei der Entwicklung der Fachapplikation mit anderen Städten und Gemeinden möglich wären. Die entsprechende Prüfung beschränkte sich auf die grössten Städte/Gemeinden im Kanton Bern, da nur für grosse Gemeinden mit zahlreichen Beschaffungen eine prozessabbildende Beschaffungssoftware sinnvoll ist und das Beschaffungswesen kantonale geregelt wird. Aus den Rückmeldungen der angefragten Gemeinden ergibt sich kein aktuelles Synergiepotenzial.

Zusammengefasst macht eine Eigenentwicklung Sinn, da auf dem Markt kein alternatives Produkt existiert, welches die spezifischen Bedürfnisse der FaBe abdeckt. Zusätzliche Ressourcen für die FaBe könnten die Investitionskosten vermutlich reduzieren, wären auf mittlere Sicht jedoch mit grösseren Kosten verbunden. Bei anderen Gemeinden des Kantons besteht kein Bedarf für eine gemeinsame Entwicklung mit der Stadt.

4. Beschaffungsprozess und Anforderungen

Der Gemeinderat hat im Mai 2016 einen Projektierungskredit über Fr. 130 000.00 für die Evaluation einer entsprechenden Lösung gesprochen. Die Evaluation wurde gemäss Projektleitfaden der ID strukturiert und nach den Grundsätzen des öffentlichen Beschaffungsrechts durchgeführt.

Standardisierung

In der Ausschreibung wurde die Verwendung von bestehenden Systemen und Komponenten wie auch die Unterstützung von etablierten Standards verlangt.

Open Source-Lizenz

Die Rechte der neu entwickelten Software gehen an die Stadt über. Diese soll den Source Code unter einer OS-Lizenz veröffentlichen. Mit diesem Vorgehen soll ähnlichen politischen Forderungen des Stadtrats entsprochen werden (SRB 2016-233 vom 7. April 2016 betreffend Betreuungsgutscheine E-BEGU). Mit der Veröffentlichung des Source Code wird die Stadt keine allfälligen Mehreinnahmen durch den Verkauf von Lizenzen generieren können.

Ausschreibung

Das Projekt bedingte wegen des finanziellen Umfangs, der aus den vorgängigen Analysearbeiten abgeleitet werden konnte, eine offene Ausschreibung. Aufgrund einer vorgängigen Marktanalyse war bekannt, dass keine Standard-Softwarelösung existiert.

Der Dienstleistungsauftrag wurde in einem offenen Verfahren nach dem Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBG, BSG 731.2), der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBV, BSG 731.21) sowie nach der Verordnung über das Beschaffungswesen der Stadt Bern (VBW, SSSB 731.21) ausgeschrieben.

Beschaffungsumfang

Wie bereits erwähnt, erfolgt die Ausschreibung modular. Nebst zwei Varianten für die betriebsnotwendige Basisinfrastruktur (Standardablauf mit und ohne Zugriff auf den Projektteil durch die projektleitenden Mitarbeitenden der Stadt Bern) wurden zwei bereits bestehende und sieben neue optionale Funktionen ausgeschrieben.

Die Ausschreibung zeigte, dass der Unterschied zwischen den beiden Basisinfrastruktur-Varianten mit Minderkosten von ca. Fr. 40 000.00 für die einfachere und günstigere Variante sehr gering ausfällt und in keinem Verhältnis zum Minderwert der Applikation steht. So hätten bei der günstigeren Variante die Projektleitenden zukünftig keinen Zugriff mehr auf den Projektteil. Damit müssten die Submittentenlisten und Bewertungen in den Abteilungen wieder manuell erfasst werden, und es wäre nicht möglich, auch die Verfahren im freihändigen Bereich durch die Abteilungen selber zu erfassen.

Auch die Preise der verlangten Optionen belaufen sich bei der Zuschlagsempfängerin auf lediglich Fr. 114 048.00. Diesen Totalkosten für die Umsetzung sämtlicher Zusatzoptionen stehen klare Mehrwerte gegenüber, die nachfolgend kurz umschrieben werden:

Option 1 (bestehend) Externer Zugriff auf Firmenteil (Kosten Fr. 11 405.00):

Bereits heute nehmen der Kanton Bern, ewb und die PVK als externe Stellen Zugriff auf den Firmenstamm der Stadt Bern. Die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch werden auf diese Weise optimiert und der Aufwand für die Anbietenden wird gering gehalten, da die notwendigen Nachweise nur einmal pro Jahr an einer Stelle eingereicht werden müssen und für sämtliche beteiligten Verwaltungen ersichtlich sind. Durch den externen Zugriff auf den Firmenteil sinkt aber auch der Aufwand für die FaBe, da mit zunehmender Grösse des Firmenstamms die Wahrscheinlichkeit steigt, dass die Stammdaten einer Firma und deren Nachweise nach Artikel 20 ÖBV bereits durch Stellen mit externem Zugriff erfasst worden sind.

Option 2 (bestehend) Mandantenfähigkeit Projektteil (Kosten Fr. 11 405.00):

Mit der Mandantenfähigkeit kann einer anderen Gemeinde oder dem Kanton Bern der Zugriff auf einen eigenen Projektteil mit gemeinsamer Firmenstammnutzung ermöglicht werden. ewb hat be-

reits heute die Möglichkeit Zugriff auf den Projektteil zu nehmen. Ohne die Option 2 wäre dieser Zugriff Dritter nicht mehr möglich. Mit der Mandantenfähigkeit des Projektteils können im Falle der Nutzung durch Dritte als Entschädigung für den Aufwand der Stadt bei der Pflege des Firmenstamms Einnahmen generiert werden. Zudem ergeben sich durch die Mandantenfähigkeit des Projektteils wertvolle Kontakte zu anderen Verwaltungen und die Stellung der FaBe als Kompetenzzentrum für Beschaffungsfragen wird gestärkt.

Option 3 (neu) Selektive Verfahren (Kosten Fr. 17 107.00):

Mit dieser Option soll es der Stadt ermöglicht werden, auch die selektiven Verfahren über die Applikation abzuwickeln. Über die FaBe werden jährlich ca. 15 bis 20 selektive Verfahren abgewickelt. Der Mehrwert durch die Vereinfachung der administrativen Abläufe wiegt die einmaligen Mehrkosten über Fr. 16 000.00 mehr als auf.

Option 4 (neu) Planungswettbewerbe (Kosten Fr. 11 405.00):

Mit dieser Option soll es der Stadt Bern ermöglicht werden, die Planungswettbewerbe nach SIA anonymisiert über die Applikation abwickeln zu können. Es müssten zukünftig für die Wahrung der Anonymität keine zusätzlichen Listen mehr geführt werden. Jährlich werden ca. 6 Wettbewerbe nach SIA durchgeführt.

Option 5 (neu) Geschäftskontrolle (Kosten Fr. 11 405.00):

Die Geschäftskontrolle ist das Herzstück eines jeden Controllings einer Dienststelle. Heute wird diese manuell in einer separaten Excel Tabelle geführt. Dieses Vorgehen ist nicht mehr zeitgemäss, führt durch Doppelerfassungen zu Mehraufwänden und ist fehleranfällig.

Option 6 (neu) Erweiterung Nachweisverwaltung (Kosten Fr. 5 702.00):

Mit dieser Funktion soll ermöglicht werden, dass die Nachweise pro Land definiert und registriert werden können. Diese Funktion ist nicht zwingend notwendig, verursacht aber nur minimale Mehrkosten über Fr. 5 000.00. Da vermehrt auch ausländische Firmen Angebote einreichen, ist diese Option zukunftsgerichtet.

Option 7 (neu) Korrespondenz (Kosten Fr. 17 107.00):

Diese Option ermöglicht, dass einerseits die Dokumente aus Submiss direkt in der Applikation gespeichert werden und dass auch wie bereits heute externe Dokumente in Submiss hochgeladen werden können. Diese Funktion wird dringend benötigt, da nur so sämtliche Submiss User zentral Zugriff auf die aus Submiss erstellten Dokumente haben. Bei einem Ablagesystem über die Computer-Laufwerke müssen die Dokumente wegen der unterschiedlichen Laufwerk-Berechtigungen jeweils manuell verteilt werden, was die Gefahr der Unvollständigkeit oder verschiedener Versionen birgt.

Option 8 (neu) Externe Zuschlagsbewertung (Kosten Fr. 22 810.00):

Personen ausserhalb der Verwaltung ist es nicht möglich auf die Applikation zuzugreifen. Damit Doppelspurigkeiten mit externen Planenden oder Beratenden verhindert werden können, soll neu eine Funktion eingeführt werden, welche es ermöglicht, dass die Zuschlagsbewertung exportiert und importiert werden kann. So können zukünftig auch die Bewertungen durch die externen Dienstleisterinnen und Dienstleister ins Tool eingelesen werden und müssen nicht jedesmal mühsam händisch abgeschrieben werden.

Option 9 (neu) Rechtliches Gehör (Kosten Fr. 5 702.00):

Beim rechtlichen Gehör handelt es sich um einen zwingenden Verfahrensschritt bei öffentlichen Beschaffungen. Sobald eine Firma vom Verfahren ausgeschlossen werden muss, ist ihr vorgängig das rechtliche Gehör zu erteilen. Mit dieser Option soll ermöglicht werden, dass das Schreiben für das rechtliche Gehör direkt aus der Applikation generiert werden kann.

Aufgrund der eingegangenen Angebote haben sich die FaBe und der Projektausschuss für die Basisinfrastruktur Variante 1 und für die Einlösung sämtlicher Optionen entschieden. Die FaBe erhofft sich, ihren heutigen Personalbestand, der vor kurzem um 30 Stellenprozente reduziert worden ist, dank den neu hinzukommenden Optionen trotz steigendem Investitionsvolumen der Stadt (Abbau Sanierungsrückstand) halten zu können. Mit den beantragten Mehrkosten können sämtliche Prozessschritte einer Beschaffung über die neue Applikation abgewickelt werden. Zudem wird es den Abteilungen wie bis anhin ermöglicht, dass sie ihre Verfahren über die Applikation abwickeln können. Es wäre denkbar, dass künftig sämtliche Abteilungen ihre Beschaffungsverfahren (auch die unterschwelligen) über die Software abwickeln. Submiss würde so zu einem wichtigen Kontrollinstrument für die vorgesetzten Behörden.

5. Projektbeschreibung

5.1. Auftragsumfang

Für die Einführung der neuen Anwendung, welche im Rechenzentrum der Stadtverwaltung Bern betrieben wird, ist nachfolgendes Vorgehen vorgesehen. Die genannten Punkte entsprechen dem verbindlichen Auftragsumfang:

1. Detailkonzeption durchführen. Usability-Anforderungen und konkrete Umsetzung im Rahmen eines Prototyps aufzeigen.
2. Realisierung der Lösung und Integration in die Informatiklandschaft der Stadt Bern.
3. Schulung der Mitarbeitenden.
4. Erstellung der benötigten Dokumentationen (für Benutzende, Administratorinnen und Administratoren etc.).
5. Übergabe der Lösung an den Betrieb der ID. Sicherstellung des Know-how Transfers an den internen Betrieb.
6. Übernahme des Supports während vier Jahren mit der Option um Verlängerung um weitere vier Jahre.

5.2. Projektvorgehen

Nach der erfolgten Ausschreibung des entsprechenden Dienstleistungsauftrags sollen in der nächsten Phase die Konzeption, die Realisierung und die Einführung der evaluierten Lösung für die Verwaltung und Abwicklung von Submissionen durchgeführt werden. Das Vorgehen richtet sich nach dem Projektleitfaden der Informatikdienste und ist entsprechend strukturiert.

Die angebotene Lösung basiert auf der Open Source Plattform Qlack Fuse. Die Wiederverwendung bei der Stadt bestehender Komponenten oder Systeme der IT-Landschaft ist sichergestellt. Die Standardisierung und Konsolidierung der bestehenden Systeme und Schnittstellen wurde bei der Lösungsarchitektur berücksichtigt.

Nach erfolgreicher Systemabnahme ist vorgesehen, mit der ausgewählten Lieferfirma einen Supportvertrag abzuschliessen. Dieser soll über die nächsten vier Jahre mit einer Option auf Verlängerung um weitere vier Jahre abgeschlossen werden.

5.3. Projektschritte und Projektergebnisse

Die noch umzusetzenden Projektphasen „Konzeption“, „Realisierung“ und „Einführung“ enthalten die nachfolgenden Schritte und Arbeitsergebnisse:

Konzeption

Die Konzeption wird von der Auftragnehmerin der Lösung gemeinsam mit der FaBe und den ID erstellt. Sie beinhaltet die folgenden Punkte:

- Erstellen der Detailkonzepte (fachlich und technisch)
- Aufbau der gemeinsamen Projektorganisation und Präzisierung der Planung mit der Auftragnehmerin

Realisierung

Die Realisierungsphase hat zum Ziel, die Lösung durch die Auftragnehmerin zu entwickeln und in der IT der Stadt zu implementieren. Sie umfasst die folgenden Punkte:

- Entwicklung durch die Auftragnehmerin
- Bereitstellung der Schnittstellen durch die ID
- Aufbau der Infrastruktur
- Erstellen des Test-, Schulungs- und Einführungskonzepts
- Supportorganisation/-ablauf
- Testing und Abnahme

Einführung

Die Einführung beinhaltet die nachfolgenden Punkte:

- Schulung durch Auftragnehmerin
- Rollout/Regelbetrieb
- Know-how Transfer

5.4. Projektorganisation

Die Steuerung des Projekts wird durch den Projektausschuss wahrgenommen. Für die Projektorganisation gelten die Vorgaben der Stadt.

Die Projektleitung erfolgt durch die FaBe zusammen mit den ID. Die Projektleitung wird durch eine externe Stelle unterstützt.

5.5. Projektterminplan

In Anlehnung an das beschriebene Projektvorgehen präsentiert sich der Projektplan zum heutigen Zeitpunkt wie folgt:

Konzeption, Erstellung Prototyp	Mai 2017
Realisierung	November 2017
Testing	Dezember 2017
Einführung und Schulung	Ab Januar 2018

5.6. Projektkosten

Für das Projekt werden folgende Aufwände in der Form von Investitionskosten veranschlagt:

Aufwandposition	Kosten der einzelnen Aufwandspostitionen (inkl. MWST)
Bereits erbrachte Leistungen	
Projektierungsphase	Fr. 130 000.00
Externe Dienstleistungen	
Externe Projektunterstützung durch emineo AG	Fr. 45 000.00
Externe Unterstützung Fachspezialist IAM für Submiss-spezifische Anpassungen	Fr. 30 000.00
Externe Unterstützung Realisierungs- und Testphase	Fr. 20 000.00
Fachanwendung Submiss	Fr. 628 344.00
Durchführung Audit	Fr. 20 000.00
Total externe Dienstleistungen	Fr. 743 344.00
Interne Dienstleistungen	
Projektleitungsaufgaben und Koordination ID	Fr. 63 800.00
ICT-Architektur und IT Sicherheit	Fr. 5 800.00
Netz, Firewall, Firmware	Fr. 5 800.00
Server und Datenbank	Fr. 11 600.00
Einführungsunterstützung ID, Infrastruktur Schulung	Fr. 17 400.00
Reserve	Fr. 17 440.00
Total interne Dienstleistungen	Fr. 121 840.00
Total Aufwände	Fr. 995 184.00

Bei den internen Kosten werden die Leistungen der Informatikdienste zu 100 % verrechnet. Die personellen Aufwendungen der FaBe werden nicht ausgewiesen und sind im Rahmen des Globalbudgets zu leisten.

6. Folgekosten

6.1. Kapitalfolgekosten

Aus den beantragten Kosten von Fr. 995 184.00 ergeben sich unter Berücksichtigung der bereits abgeschriebenen Kosten für konzeptionelle Arbeiten über Fr. 40 000.00 die folgenden Kapitalfolgekosten:

Investition	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	5. Jahr
Restbuchwert	Fr. 955 184.00	Fr. 764 147.20	Fr. 573 110.40	Fr. 191 036.80
Abschreibung über 5 Jahre	Fr. 191 036.80	Fr. 191 036.80	Fr. 191 036.80	Fr. 191 036.80
Zins 1,34 %	Fr. 12 799.45	Fr. 10 239.55	Fr. 7 679.70	Fr. 2 559.90
Kapitalfolgekosten	Fr. 203 836.25	Fr. 201 276.35	Fr. 198 716.50	Fr. 193 596.70

6.2. Betriebs- und Unterhaltskosten

	Intern	Extern	Total
Wartung und Betrieb inklusive Second Level Support	Fr. 25 500.00	Fr. 0.00	Fr. 25 500.00
Unterhalt und Support inklusive Third Level Support	Fr. 0.00	Fr. 37 260.00	Fr. 37 260.00
Jährliche Betriebskosten	Fr. 25 500.00	Fr. 37 260.00	Fr. 62 760.00

Für die Betriebs- und Wartungskosten über vier Jahre wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 149 040.00 inkl. MWST (4 x Fr. 37 260.00) beantragt, sowie die optionale Verlängerung um weitere vier Jahre auf total Fr. 298 080.00 inkl. MWST.

Im Vergleich zur bestehenden Lösung erhöhen sich die jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten von Fr. 40 200.00 um Fr. 22 560.00 auf neu Fr. 62 760.00 pro Jahr.

7. Nutzen des Projekts

Wie eingangs erwähnt, werden jährlich rund 600 Ausschreibungsverfahren elektronisch unterstützt abgewickelt sowie ca. 6 000 individuelle Verfügungen erstellt. In der Firmendatenbank werden aktuell rund 4 500 Firmen geführt. In dieser werden sämtliche Nachweise nach Artikel 20 ÖBV erfasst. Die Nachweise belegen die Erfüllung der Pflichten gegenüber der öffentlichen Hand, der Sozialversicherung sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Im Weiteren nutzen rund 100 Mitarbeitende der Stadtverwaltung, von ewb und der PVK die Lösung, wie auch der Kanton Bern.

Nur durch Nutzung einer softwareunterstützten Lösung können Ausschreibungen standardisiert und in hoher Qualität abgewickelt werden. Sämtliche Prozessschritte sollen wie bereits heute durch die zukünftige softwaregestützte Lösung unterstützt werden. Hierzu zählen beispielsweise das Erstellen der Submittentenliste, das Offertöffnungsprotokoll, die Eignungsprüfung, die Zuschlagsbewertung, die Antragsstellung an die Beschaffungskommission, die Erstellung der Zuschlagsbeschlüsse, die Verfügungen und der Vertrag sowie nötigenfalls der Verfahrensabbruch.

Der Quellcode der Individuallösung für Submiss wird unter einer Open Source Lizenz publiziert. Damit steht der Quellcode auch anderen öffentlichen Verwaltungen zur Verfügung. Einerseits kann so die Position der FaBe als Beschaffungskompetenzzentrum gestärkt werden, andererseits sieht der Gemeinderat das Projekt als wichtigen Schritt in seiner bis anhin verfolgten Strategie, die Abhängigkeit von proprietärer Software sukzessive zu reduzieren. Für die ID bringt das Projekt wertvolle neue Erfahrungen hinsichtlich der Entwicklung und Handhabung von Software im OSS Umfeld.

8. Konsequenzen bei Nichtumsetzung oder verspäteter Umsetzung des Projekts

Die bestehende Entwicklungsplattform steht nicht mehr unter Wartung, demnach steigt das betriebliche Risiko, dass Teile der entwickelten Lösung mit der Zeit nicht mehr funktionieren könnten. Notwendige Anpassungen oder gesetzliche Änderungen können mit der bestehenden Lösung nicht mehr umgesetzt werden.

Die bestehende Lösung ist am Ende des Lebenszyklus angelangt und abgeschrieben, sie muss ersetzt werden.

Die FaBe kann ihre Aufgaben ohne eine entsprechende Softwareunterstützung mit den heute vorhandenen Strukturen und Ressourcen nicht mehr erfüllen. Der administrative Mehraufwand für die Bearbeitung der durchschnittlich 600 Verfahren pro Jahr, welche ca. 6 000 Verfügungen pro Jahr verursachen, wäre ohne Stellenaufstockung bei der FaBe nicht zu bewältigen.

Antrag

1. Der Stadtrat bewilligt für die Ablösung Beschaffungssoftware Submiss einen Kredit von Fr. 995 184.00 zulasten der Investitionsrechnung Konto I6000003 (Kostenstelle 600400).
2. Für den Betrieb der neuen Software mit einer Laufzeit von 8 Jahren (2018 - 2025) bewilligt der Stadtrat einen Verpflichtungskredit von Fr. 298 080.00 zulasten des Globalbudgets der Direktionsstabsdienste der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (PG 600300).
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 17. August 2016

Der Gemeinderat